

Wenn es knallt, soll der Halter den Autofahrer nennen

Experten schlagen strengere Nachweispflicht vor – Übernahme von Verwaltungskosten gefordert

Angesichts der vielen ungeklärten Verkehrsdelikte sollten Fahrzeughalter nach Auffassung des Verkehrsgerichtstags zahlen, wenn sie nach Verkehrsverstößen den Fahrer nicht nennen wollen.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
PETER MLODOCH, ZZT. GOSLAR

GOSLAR. Strenge Fahrtenbuchauflagen und eine Verwaltungsgebühr sollen nach Tempo- und Rotlichtverstößen die Ausreden, man sei gar nicht selbst gefahren, eindämmen, forderte der Verkehrsgerichtstag (VGT) am Freitag in Goslar. Eine generelle Halfterhaltung lehnen die Experten aber ab. Der unabänderliche verfassungsrechtliche Grundsatz „Keine Strafe ohne Schuld“ verbiete die Ahndung, heißt es in der Empfehlung des entsprechenden Arbeitskreises. „Dies gilt auch für Bußgeldverfahren wegen Verstößen im Straßenverkehr.“ Damit erteilte das angesehene Gremium von rund 1800 Experten aus Justiz, Polizei, Medizin, Versicherungswirtschaft und Automobilclubs Bestrebungen der EU, europaweit die Halter von Kraftfahrzeugen stärker für die Fehler ihrer Fahrer in die Pflicht zu nehmen, eine Abfuhr.

Rein fahrzeugbezogene Bußgelder gibt es bereits in Frankreich, Ungarn und Holland. Wird dort ein Auto geblitzt, ist dessen Besitzer dran – egal, ob er selbst auch am Steuer saß. Offenbar mit Erfolg. „Bei uns hat das die Unfallzahlen drastisch gesenkt“, berichtete Cor Kuytjen von der holländischen Landespolizei. In Österreich können die Behörden auskunftsunwilligen Autobesitzern ein spezielles Bußgeld aufräumen. Auch damit wollten sich die Experten nicht anfreunden, hätte es doch das Zeugnisverweigerungsrecht für Ehegatten und nahe Verwandte ausgehebelt.

Dafür forderte der VGT, Auskunftsverweigerern schneller ein Fahrtenbuch aufzuerlegen. Außerdem solle die Bundesregierung prüfen, ob man die Regel für Parkverstöße auch auf den fließenden Verkehr ausdehnen und den Haltern zumindest die Verwaltungskosten aufräumen könne. Bleibt ein Parksünder unbekannt, stellt die Behörde das Ordnungswidrigkeitenverfahren zwar ein, schickt dem Halter aber eine Gebührenrechnung über 15 Euro plus Portokosten. Ob dies tatsächlich der Verkehrssicherheit dient, zweifelte Juraprofessor Michael Brenner von der Universität Jena allerdings an: „Notorische Raser würde das überhaupt nicht abschrecken.“

Beim Idiotentest setzen sich die Befürworter einer Videoaufzeichnung nicht durch

Bei der medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU), dem im Volksmund sogenannten Idiotentest, mochte sich der VGT nur zu einer vorsichtigen Reform durchringen. „Das System ist ein wichtiges und bewährtes Instrument zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit“, befand der Arbeitskreis. Rund 100 000 Autofahrer trifft es im Jahr, zwei Prozent der 50 Millionen Führerscheininhaber in Deutschland: zum Beispiel hartnäckige Alkoholsünder, die ihren Führerschein nach dem Entzug durch ein Gericht wiedererlangen wollen, Autofahrer, die mit mehr als 1,6 Promille erwischt wurden, und Gewohnheitskiffer. Gut die Hälfte schafft den Test, 15 Prozent der Probanden dürfen immerhin zur Nachschulung. Lediglich einem Drittel bleibt der Führerschein langfristig verwehrt.

Kritik an ihrer Arbeit schmetterten die Psychologen im Arbeitskreis ab; sie verhinderten zum Entsetzen von Verkehrsanwälten auch, dass die im Vorfeld geforderte obligatorische Videoaufzeichnung der MPU Eingang in die Empfehlungen fand. Dort ist nun nur noch davon die Rede, die Fragebögen zu standardisieren und besser zu kontrollieren. Die Anbieter von Nachschulungen dürften zudem in keinem wirtschaftlichen und personellen Zusammenhang mit den Gutachtern stehen.



Wer zahlt bei einem Verkehrsverstoß, wenn sich der Fahrer nicht feststellen lässt? Bisher kann der Fahrzeughalter oft dem Bußgeld entgehen. Experten fordern eine Änderung der Regelung

Straßenkehrer sind am häufigsten krank

Im Schnitt 35 Tage im Jahr – Naturwissenschaftler am gesündesten

HANNOVER (dpa). Naturwissenschaftler fehlen am seltensten am Arbeitsplatz, Straßenkehrer am häufigsten: Das hat eine Auswertung von Versichertendaten der KKH-Allianz ergeben, die am Freitag in Hannover vorgestellt wurde. Straßenreiner erscheinen demnach im Durchschnitt 35 Tage pro Jahr nicht zur Arbeit, Versicherungsangestellte und Krankenpfleger 30 Tage, Telefonisten und Gebäudereiniger 27 Tage.

Naturwissenschaftler sind nur 5 Tage krank, Elektroingenieure und Juristen 6 Tage, Geisteswissenschaftler und Maschinenbauer 7 Tage. Wissen um die Gesundheit schützt der Statistik der Krankenkasse zufolge nicht vor Krankheit: Ärzte fehlen im Durchschnitt 10 Tage im Jahr.

Häufiger krank sind demnach auch Sozialarbeiter (26 Tage) und Gärtner (24 Tage). Weniger Ausfälle gibt es bei Hochschullehrern und Publizisten (8 Tage). Während Frauen 17 Tage im Jahr krankgeschrieben werden, fehlen Männer im Durchschnitt an 15 Tagen. Besonders gesund ist die Altersgruppe der 26- bis 35-Jährigen. Hier fehlten Frauen und Männer im Durchschnitt nur an 11 Tagen. Häufiger krank ist die Altersgruppe über 55 Jahre mit durchschnittlich 25 Fehltagen.

Hauptsächlich sind der Auswertung nach Muskel- und Knochenkrankungen, Rückenschmerzen, Bandscheibenvorfälle sowie Atemwegs- und Lungenerkrankungen für das Fehlen verantwortlich.

Kurz berichtet

Erneut Erdmassen abgesackt

In Tiefenort im thüringischen Wartburgkreis kommt die Erde nicht zur Ruhe. In dem Bergbauebiet sind erneut Erdmassen in die Tiefe gesackt, auf einer Straße entstand ein zwei Meter tiefer Krater, teilte das Lagezentrum im Thüringer Innenministerium am Freitag mit. Zwei Häuser in der Nähe wurden am Donnerstag aus Sicherheitsgründen geräumt. (dpa)

Güterzug entgleist

Ein mit Autoteilen beladener Zug ist in der Nacht zum Freitag auf der Fahrt von Magdeburg nach Braunschweig entgleist. Verletzt wurde niemand, teilte die Bundespolizei mit. Zwei leere Waggons in der Mitte des 600 Meter langen Zuges sprangen nahe der Ortschaft Schandelah aus den Gleisen und beschädigten die Bahnstrecke auf zweieinhalb Kilometer Länge. Die Ursache des Unfalls ist noch unklar. Seit Jahresbeginn ist es der fünfte Güterzugunfall bei der Bahn. (dpa)

Hintergrund

Vorschläge der Arbeitskreise

- Der Deutsche Verkehrsgerichtstag wird seit 1963 ausgerichtet. Mehr als 1000 Juristen, Verkehrsexperten und Interessenvertreter – in diesem Jahr sind es sogar 1700 – kommen jährlich in der letzten Januarwoche in Goslar zusammen, um über Empfehlungen zu aktuellen Problemen des Verkehrsrechts abzustimmen. Diese sind:
- Angesichts der vielen ungeklärten Verkehrsdelikte sollten Fahrzeughalter zahlen, wenn sie nach Verkehrsverstößen den Fahrer nicht nennen wollen. Es sei möglich, den Haltern zumindest einen Teil der Kosten für erfolglose Ermittlungen aufzuerlegen.
- Junge Fahrer sollen finanzielle Anreize für den Kauf von Autos mit moderner Sicherheitstechnik bekommen. Ursache für die hohe Zahl schwerer Verkehrsunfälle von Fahranfängern seien neben fehlender Erfahrung häufig Fahrzeugmängel.
- Der „Idiotentest“ zur Überprüfung der Fahrtauglichkeit soll verändert und das Verfahren regelmäßig überprüft werden. So sollen sich Betroffene vor einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) in einer Reha schulen lassen. Die bisherige Regelung sieht eine Nachschulung nach Scheitern der MPU vor. (dpa)

Ameisen sterben einsam

Todkranke Tiere verlassen freiwillig ihr Nest, um es zu schützen

REGENSBURG (apn). Todkranke Ameisen verlassen freiwillig das Nest, um zu sterben. Sie vermeiden zudem aktiv den Kontakt zu anderen Arbeiterinnen, wie Forscher der Universität Regensburg jetzt bei der Einbindigen Schmalbrustameise nachwies. Durch dieses selbstlose Verhalten wollen die Tiere offenbar verhindern, dass sie andere Arbeiterinnen anstecken und dadurch das ganze Nest gefährden. Bislang war nur

bekannt, dass manche Ameisenarten kranke Artgenossinnen aus ihrem Nest ausschließen und Leichen abtransportieren. Ein freiwilliges Verlassen war dagegen noch nicht dokumentiert worden, so die Forscher. Aggression gegen kranke Tiere gibt es bei der Einbindigen Schmalbrustameise nicht. Diese kommt auch in Deutschland vor, meist in warmen Lagen trockener Nadelwälder.

Missbrauchsskandal an Schule weitet sich aus

15 weitere Opfer beschuldigen Patres an Berliner Elite-Kolleg

BERLIN (dpa). Im Missbrauchsskandal am katholischen Canisius-Kolleg in Berlin haben sich bis Freitag 15 weitere Opfer gemeldet. Das gab der Rektor der Privatschule, Pater Klaus Mertes, bekannt. Am Donnerstag war bekanntgeworden, dass zwei Lehrer der von Jesuiten betriebenen Schule in den 70er und 80er Jahren sieben Schüler sexuell missbraucht hatten. In allen Fällen werden zwei Patres als Täter beschuldigt.

Die Vorfälle kamen ans Licht, weil sich Mertes in einem Brief an etwa 600 ehemalige Schülerinnen und Schüler gewandt hatte. Die Staatsanwaltschaft, die am Freitag die Ermittlungen aufnahm, prüft, ob wegen der Tatvorwürfe noch eine Strafverfolgung möglich sei. Einige der Missbrauchsoffer hatten trotz ihrer Leiden ihre eigenen Kinder auf das katholische Gymnasium geschickt, sagte die Rechtsanwältin und Beauftragte des Jesuitenordens für Fälle von sexuellem Missbrauch, Ursula Raue. Einer der Täter soll sich laut Mertes bereits bei Anwältin Raue gemeldet und die Taten gestanden haben.

Teil der Aufklärungsarbeit wird laut Mertes nun sein, mögliche Fehler innerhalb der Schule aufzudecken. Immerhin habe es lange Jahre entsprechende Gerüchte, aber keine Aufklärung gegeben. Daher müsse untersucht werden, ob Patres oder die Schulleitung wissentlich weggeschaut hätten. „Die Schüler haben mir glaubwürdig die damalige Institution als eine ‚wegschauende‘ Institution beschrieben“, so Mertes. „Das Wegschauen beginnt immer in dem Moment, wo Sie etwas hören und sich entscheiden: ‚Ich will das gar nicht wissen.‘“ Er vermute außerdem, dass zumindest einer der beiden Patres Anfang der 80er Jahre die Schule verlassen musste, weil es einen eindeutigen Verdacht auf Missbrauch gegeben habe. Mertes betonte auch, dass sich innerhalb der katholischen Kirche einiges ändern müsse. „Die Missbrauchsfälle – nicht nur hier, sondern auch die der vergangenen Jahre – stellen eine schwerwichtige Frage an die katholische Kirche. Nämlich, ob sie Missbräuche begünstigt durch ihre Kultur, durch ihr System“, sagte der Pater.

Morgen in Sonntag Aktuell:

BESSER REGIEREN

100 Tage Kabinett Merkel II –
So urteilt SPD-Chef Sigmar Gabriel

BESSER SURFEN: Apples I-Pad ist da –
So verändert es unser Leben

BESSER WOHNEN: Große Möbel liegen im Trend –
So sehen Wohlfühlinseln aus

Sonntag Aktuell

DIE SIEBTE AUSGABE IHRER TAGESZEITUNG